



Aussitzen ist keine Bildungspolitik

Liebe Lehrkräfte,
liebe Schüler*innen,
liebe Eltern!



Blockflöten, Bundesjugendspiele und Genderverbot: Die Prioritäten der neuen Landesregierung in der Bildungspolitik

zeigen ganz deutlich: statt sich den großen Herausforderungen an unseren Schulen anzunehmen, beschäftigt sich der neue Kultusminister lieber mit Symbolpolitik. Und noch mehr: Statt die Investitionen in die Bildung zu steigern, kürzt die neue Landesregierung im Nachtragshaushalt 2024 erst einmal über 200 Lehrkräftestellen. Auch beim Corona-Aufholprogramm „Löwenstark“ will die neue Landesregierung laut Koalitionsvertrag sparen, obwohl die Pandemie den Kindern und Jugendlichen noch in den Knochen steckt. Und zur Schuldigitalisierung erklärte der Kultusminister kürzlich, sich mit einer Vereinbarung mit den Schulträgern bis 2029 Zeit zu lassen.

Dabei sind die Herausforderungen, mit denen unsere Schulen konfrontiert sind, immens: Zusätzliche Förderbedarfe in Folge der Corona-Pandemie, große Defizite im Bereich Lesen, Schreiben und

Rechnen, eine hohe Anzahl von eingewanderten Schüler*innen und mangelnde Medienbildung sind nur ein paar Beispiele dafür. Zudem fehlen noch über 33.000 Plätze im Bereich Ganzttag, um den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung für Grundschulkin-der zu erfüllen.

Land muss investieren

Durch Aussitzen werden diese Probleme aber nicht verschwinden. Es bedarf vielmehr eines neuen gesellschaftlichen Konsenses darüber, was unsere Schulen leisten können. Daher hatten wir zu Beginn der Wahlperiode einen neuen Bildungsgipfel vorgeschlagen. Zivilgesellschaft, Forschung und politische Akteure hätten so über die Leitplanken für die langfristige Entwicklung unserer Schulen beraten können, doch leider hatte die Koalition kein Interesse an einem solchen Austausch.

Für die kommenden Jahre braucht es unserer Meinung nach unter anderem schnell wirkende Maßnahmen zur Schließung der Betreuungslücken sowie Qualitätskriterien für den Rechtsanspruch an Grundschulen; der Ausbau multiprofessioneller Teams zur Entlastung von Lehrkräften muss weiter vorangetrieben werden;

wir fordern eine flächendeckende digitale Ausstattung aller Schüler*innen ab Klasse 7 flankiert mit pädagogischen Konzepten und Einsatzempfehlungen im Unterricht sowie ein Chancenbudget für alle Schulen, mit denen zusätzliche Förderangebote z.B. im Ganzttag gemacht werden können; zudem braucht es eine weitere Stärkung der Demokratiebildung und Extremismusprävention. Nähere Informationen zu diesen und weiteren GRÜNEN Forderungen finden Sie auf den folgenden Seiten.



Wir als GRÜNE Fraktion freuen uns auch über Ihre Anregungen und Kritik und kommen gerne mit Ihnen ins Gespräch. Unsere Kontaktdaten finden Sie auf der Rückseite dieser Veröffentlichung. Wir wünschen Ihnen einen guten Start in das Schuljahr 2024/2025!

Beste Grüße

Daniel May,
bildungspolitischer Sprecher

Endspurt für den Rechtsanspruch

Der ab 2026 schrittweise bestehende Rechtsanspruch für ganztägige Betreuung an Grundschulen bietet die große Chance, die Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Elternhaus zu verringern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Mit dem Pakt für den Ganztag hat die schwarz-grüne Vor-

gängerregierung ein Programm geschaffen, um gemeinsam mit den Kommunen ein verlässliches Angebot von acht Stunden an fünf Tagen pro Woche an Grundschulen sicherzustellen.

33.000 Plätze fehlen

Derzeit besteht nach Angaben des Kultusministers dennoch eine Versorgungslücke von mind.

33.000 Plätzen. Zudem ist davon auszugehen, dass es erhebliche regionale Unterschiede in der Versorgung gibt. Wir GRÜNE fordern deswegen von der Landesregierung, in Zusammenarbeit mit den Schulträgern schnellst-

möglich einen regionalisierten Fahrplan zum Schließen der noch bestehenden Lücken vorzulegen.

Wir fordern ein Chancenbudget

Außerdem braucht es ein Konzept mit Qualitätskriterien, das Angebote in den Bereichen Kultur und Sport, individuelle Förderung und eine gesunde Schulverpflegung als feste Bestandteile des Ganztags verankert. Auch da viele Schüler*innen pandemiebedingt weiterhin erhöhten Förderbedarf haben, fordern wir GRÜNE ein Chancenbudget für alle Schulen für ergänzende Förderangebote im Ganztag.

Julia Herz



Monkey Business Images / shutterstock.com

Chancen der Digitalisierung nutzen

Die Digitalisierung von Schule bietet riesige Potenziale für eine bessere individuelle Förderung der Schüler*innen und zur Entlastung der Lehrkräfte. Diese Potenziale gilt es auszuschöpfen. Gleichsam muss die Medienbildung gestärkt werden.

Wir GRÜNE halten es deswegen für notwendig, dass allen Schüler*innen ab der 7. Klasse standardisiert ein digitales Endgerät zur Verfügung steht, welches durch ein Mietkaufmodell in das Eigentum der Schüler*innen übergeht. Für bedürftige Schüler*innen müssen genügend kostenlose Leihgeräte zur Verfügung stehen. Die

schwarz-rote Landesregierung hat hingegen bereits erklärt, keine flächendeckende Ausstattung mit digitalen Endgeräten zu pla-

nen. Auch was sie alternativ plant und bis wann, ist völlig unklar.

Abwarten wird Verantwortung nicht gerecht

Kultusminister Armin Schwarz (CDU) erklärte dazu jüngst im Landtag, dass die Wahlperiode noch bis 2029 ginge. Wir GRÜNE meinen, es braucht mehr Tempo bei der Digitalisierung; mit Planungssicherheit für die Schulen, technischem Support, Unterstützung für Lehrkräfte und klaren Einsatzempfehlungen für den Unterricht. Bis zur nächsten Landtagswahl zu warten, wird der Verantwortung nicht gerecht.

Daniel May



Demokratiebildung wichtiger denn je

Die liberale Demokratie steht von allen Seiten unter Druck. Auch unter jungen Leuten gibt es eine Zunahme extremistischer Tendenzen – antisemitische und (rechts)extremistische Vorfälle nehmen auch an Schulen zu.

Auch wenn die schwarz-grüne Vorgängerregierung die politische Bildung an Schulen mit dem Ausbau des „Politik und Wirtschaft“-Unterrichts und der stärkeren Verankerung der Demokratiebildung in der Lehrkräfteausbildung bereits merklich gestärkt hat, halten wir GRÜNEN eine weitere Stärkung der Demokratiebildung und Extremismusprävention an Schulen für unbedingt notwendig. Insbesondere

die Thematisierung des Nah-Ost-Konflikts sowie der Umgang mit Hate Speech, Desinformation und Verschwörungstheorien in den sozialen Medien muss noch stärker in den hessischen Kerncurricula und in der Lehrkräfteausbildung verankert werden.



Fortbildungsangebote verbessern

Hierbei ist von entscheidender Bedeutung, dass alle, auch fachfremde Lehrkräfte (ohne die Fächer ‚Politik und Wirtschaft‘ oder Geschichte), umfassende Fortbildungsangebote erhalten. Beispielhafte Projekte wie der Modellversuch „Starke Lehrer – starke Schüler“ an beruflichen Schulen müssen deswegen verstetigt und auf die allgemeinbildenden Schulen ausgeweitet werden.

Sascha Meier

Programm für mehr Bildungsgerechtigkeit

Mit dem Startchancen-Programm hat die Ampel-Koalition im Bund ein großes Projekt für mehr Bildungsgerechtigkeit auf den Weg gebracht.

Hiermit sollen in den kommenden zehn Jahren durch Bund und Länder insgesamt 20 Mrd. Euro in 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial-benachteiligter Schüler*innen investiert werden – 320 davon in Hessen. Zum neuen Schuljahr werden hessenweit die ersten 92 Schulen in das Programm aufgenommen und erhalten mehr Geld für eine bessere Ausstattung, für zusätzliche Lernförderprogramme und mehr

Schulsozialarbeit. Angesichts des Ergebnisses der jüngsten PISA-Studie, dass der Bildungserfolg in Deutschland nach wie vor wie in kaum einem anderen Land von der sozialen Herkunft abhängt, setzt das Programm genau an der richtigen Stelle an.

Mehr Geld vom Land

Doch während die Ampel-Koalition im Bund in Hessens Schulen investiert, hat Kultusminister Schwarz erklärt, für die Umsetzung des Programms in Hessen so wenig Geld wie möglich beisteuern zu wollen. Wir fordern, die wichtige Initiative des Bundes gewinnbringend für Hessen zu



nutzen und mit substanziellen Eigenmitteln zu unterstützen. Gleichzeitig muss der Ausbau von multiprofessionellen Teams, welchen wir in der letzten Wahlperiode begonnen haben, konsequent weitergeführt werden – nicht nur an den Startchancen-Schulen.

Katrin Schleenbecker

Bildungspolitiker*innen der Fraktion

SCHULINFO
2024/2025



Julia Herz

Sprecherin für Frauen- und Gleichstellungspolitik, Jugend und Grundschulen

Kontakt: 0611 / 350 785 // j.herz@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Sickingenstr. 7-9 // 34117 Kassel // j.herz2@ltg.hessen.de



Daniel May

Sprecher für Bildung, Hochschulen für angewandte Wissenschaft und Hochschulmedizin

Kontakt: 0611 / 350 794 // d.may@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Rabanusstraße 35 // 36037 Fulda // d.may2@ltg.hessen.de



Sascha Meier

Sprecher für berufliche Bildung, politische Bildung und weiterführende Schulen

Kontakt: 0611 / 350 783 // s.meier@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Sickingenstr. 7-9 // 34117 Kassel // s.meier2@ltg.hessen.de



Katrin Schleenbecker

Sprecherin für Petitionen, Religion, lebensbegleitendes Lernen und schulische Inklusion

Kontakt: 0611 / 350 764 // k.schleenbecker@ltg.hessen.de

Regionalbüro: Liebigstraße 83 // 35392 Gießen // k.schleenbecker2@ltg.hessen.de



Hinweis: Jetzt schnell den nächsten Schulausflug planen und das **kostenlose Ausflugsticket** nochmal nutzen! Derzeit ist unklar, ob die neue Landesregierung das Ausflugsticket auch im Jahr 2025 weiterfinanziert. Das Ticket wurde im vergangenen Jahr auf GRÜNE Initiative eingeführt, damit Schüler*innen, die kein kostenloses Schülerticket erhalten, bei Schulfahrten innerhalb Hessens die öffentlichen Verkehrsmittel auch kostenlos benutzen können.

IMMER EIN OFFENES OHR

Sie wollen mehr erfahren? Sie haben Ideen, Hinweise und Anregungen für die GRÜNE Bildungspolitik in Hessen? Dann kontaktieren Sie uns einfach. Wenden Sie sich entweder direkt an den bzw. die zuständige/n Abgeordnete/n, besuchen Sie uns im Internet oder in den sozialen Netzwerken.



[instagram.com/gruenehessen](https://www.instagram.com/gruenehessen)



[facebook.com/gruenehessen](https://www.facebook.com/gruenehessen)



x.com/gruenehessen



[youtube.com/hessengruen](https://www.youtube.com/hessengruen)



[tiktok.com/@gruenehessen](https://www.tiktok.com/@gruenehessen)

Impressum Druck Juli 2024

Herausgeberin:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

V.i.S.d.P.: Miriam Dahlke,

Parlamentarische Geschäftsführerin

Portraitfotos:

Grotensohn/Haupt - GRÜNE Fraktion